

Sondersitzung endet nach Minuten

FWG kritisiert Prozess-Vorbereitung – SPD unterstützt Wasser-Gutachten

Das Wasser-Gutachten für den Hafbereich findet auch Zustimmung der SPD. Gestern tagte der Stadtrat in nicht öffentlicher Sitzung, um erstmals über die verlorene Klage in Sachen Tanklager im Hafen zu beraten.

Saarlouis. Die SPD im Stadtrat Saarlouis hat sich gestern hinter den Antrag der Jamaika-Koalition gestellt, ein Wassergutachten für das Einzugsgebiet des Wasserwerks Ost einzuholen. Nahe diesem Gebiet im Saarahafen will Liqui Moly ein Tanklager für Öl bauen. Eine Klage der Stadt gegen die vom Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) ausgesprochene Genehmigung war gescheitert. Unabhängig von der Frage nach Berufung und dem Ausgang dieses Verfahrens wollen CDU, Grüne, FDP und nun auch die SPD, dass die Stadt ein Gutachten einholt. Es soll Aufschluss geben über mögliche Fördermengen und den technischen Schutz des Wassers, auch

für den Fall, dass das Tanklager gebaut wird. SPD-Fraktionschef Peter Schmolenzky bedankte sich namentlich bei Grünen-Chef Gabriel Mahren „für die Initiative“. Auch die SPD sieht, wie die Koalition, das Land „mit in der Pflicht“. Das Gutachten bestätige die „langjährige Politik der Stadt, den Anspruch auf Trinkwasserschutz zu sichern“. Als „unangemessen“ wies Schmolenzky „Schelte“ von CDU-Fraktionschef Tim Flasche „an Stadtverwaltung und OB Henz“ zurück. Flasche hatte den Antrag auf ein Wasser-Gutachten auch damit begründet, dass er sich als Ratsmitglied angesichts des verlorenen Prozesses schlecht beraten fühlte, das Vertrauen in die Verwaltung dahin sei. Schmolenzky: „Die sensible Frage eignet sich nicht zum politischen Schaulaufen und zur Diskreditierung des Verwaltungschefs“.

Unterdessen befasste sich gestern der Stadtrat in nicht öffentlicher Sondersitzung mit dem

verlorenen Prozess. Aber nur kurz: Nach wenigen Minuten vertagte die Ratsmehrheit nach SZ-Informationen das Thema, bis die Urteilsbegründung vorliegt. Beantragt hatte die Sitzung die FWG. Sie hätte gern rechtliche Fragen gestellt. Fraktionschef Altomaro Locurcio wirft der Verwaltung vor, den Rat nicht rechtzeitig über eine Vorwarnung des Verwaltungsgerichtes informiert zu haben. Danach habe das Gericht die Klage der Stadt als unzulässig eingestuft. Daraus ergebe sich die Pflicht zum Schadenersatz, falls die Stadt doch klage und verliere, wie dies auch geschehen ist. Schadenersatz hat Liqui Moly nach Stadtangaben in Aussicht gestellt. Die FWG bemängelt weiter, die Stadt habe einen vom Gericht geforderten Nachweis über mögliche Schädigung von Grundwasser nicht geliefert. Die FWG habe damals bereits das Gutachten beantragt, was erst jetzt, nach dem Urteil, angefertigt werden solle. we